



POSITIONEN

POS

20 | 2012

Thomas de Maizière

Mit der Kraft des
Gewissens und dem
Mut zur Verantwortung

DIE BOTSCHAFT DES WIDERSTANDS
VOM 20. JULI FÜR HEUTE

www.kas.de

ISBN 978-3-942775-92-2



Konrad
Adenauer
Stiftung

*Rede des Bundesministers der Verteidigung,
Dr. Thomas de Maizière, innerhalb der Reihe „20. Juli 1944:
Vermächtnis und Zukunftsauftrag“ am 14. Mai 2012 in der
Akademie der Konrad-Adenauer-Stiftung in Berlin.*

INHALT

5 | VORWORT

7 | BEGRÜSSUNG UND EINFÜHRUNG

Hans-Gert Pöttering

13 | MIT DER KRAFT DES GEWISSENS UND
DEM MUT ZUR VERANTWORTUNG
DIE BOTSCHAFT DES WIDERSTANDS VOM
20. JULI FÜR HEUTE

Thomas de Maizière

26 | DIE REDNER

27 | ANSPRECHPARTNER IN DER
KONRAD-ADENAUER-STIFTUNG

*Das Werk ist in allen seinen Teilen urheberrechtlich geschützt.
Jede Verwertung ist ohne Zustimmung der Konrad-Adenauer-Stiftung e.V.
unzulässig. Das gilt insbesondere für Vervielfältigungen, Übersetzungen,
Mikroverfilmungen und die Einspeicherung in und Verarbeitung durch
elektronische Systeme.*

© 2012, Konrad-Adenauer-Stiftung e.V., Sankt Augustin/Berlin

*Gestaltung: SWITSCH Kommunikationsdesign, Köln.
Printed in Germany.
Gedruckt mit finanzieller Unterstützung der Bundesrepublik Deutschland.*

ISBN 978-3-942775-92-2

VORWORT

In dem Zitat Generalmajors Henning von Tresckows: *„Das Attentat muss erfolgen, coute que coute. Denn es kommt nicht mehr auf den praktischen Zweck an, sondern darauf, dass die deutsche Widerstandsbewegung vor der Welt und vor der Geschichte den entscheidenden Wurf gewagt hat. Alles andere ist daneben gleichgültig“*, kommt die ganze Entschlossenheit der Verschwörer zum Ausdruck.

Aus dem Geist des Widerstands entstand ein Gegenbild zum totalitären „Dritten Reich“. Die Widerstandskämpfer traten für die Menschenwürde als höchsten politischen Grundwert ein und bestritten dem Staat das Recht, über Leben und Gewissen seiner Bürger zu verfügen.

Die Widerstandskämpfer haben vielen zentralen Grundentscheidungen beim Aufbau der Bundesrepublik Deutschland den Weg bereitet. Hier liegt ihr eigentliches Erbe. Egal ob Militär, Politiker, Gewerkschaftler, Wissenschaftler, Gelehrter, Beamter, Kirchenvertreter oder Diplomat: Über alle Parteigrenzen einte sie ihr antitotalitärer Grundkonsens, der Bezug auf das Recht und auf das christliche Menschenbild, das eine Antwort auf die geistigen Trümmer der NS-Herrschaft sein sollte und aus Sicht vieler Widerstandskämpfer allein sein konnte.

Bundesminister Dr. Thomas de Maizière machte vor 300 Gästen in seinem Vortrag deutlich, dass „Freiheit in Verantwortung“ für ihn das große Vermächtnis der Widerstandskämpfer des 20. Juli 1944 sei und zugleich auch Botschaft und Zukunftsauftrag für heute. Die Männer und Frauen des Widerstands könnten ein „Vorbild für die Bürger einer freien Welt“ sein, so der Minister.

Dem Vermächtnis des deutschen Widerstandes fühlt sich auch die Konrad-Adenauer-Stiftung verpflichtet. Unser Ziel ist es, deutlich zu machen, wie wichtig der Kampf aller Demokraten gegen politischen Extremismus von rechts und links ist. Freiheit, Demokratie und Rechtsstaat sind keine Selbstverständlichkeiten, sondern erfordern immer wieder unser aller Engagement.

Diese Broschüre gibt den Beitrag des Bundesministers der Verteidigung wieder und ist für den Einsatz in der politischen Bildung vorgesehen.

Berlin, im Mai 2012

Christian Schleicher
Stellv. Leiter der Akademie der
Konrad-Adenauer-Stiftung in Berlin

BEGRÜSSUNG UND EINFÜHRUNG

Hans-Gert Pöttering

Meine sehr verehrten Damen und Herren!

Ihnen allen ein herzliches Willkommen in der Akademie der Konrad-Adenauer-Stiftung!

Peter Graf Yorck von Wartenburg – einer der Mitinitiatoren des Kreisauer Kreises um Helmuth James Graf von Moltke; ein enger Freund von Claus Schenk Graf von Stauffenberg – schrieb nach dem missglückten Attentat vom 20. Juli 1944, in der Nacht vor seiner Hinrichtung an seine Mutter: „Vielleicht kommt doch einmal die Zeit, wo man eine andere Würdigung für unsere Haltung findet, wo man nicht als Lump, sondern als Mahnender und Patriot gewertet wird.“

Wir, die Konrad-Adenauer-Stiftung, erachten es als unsere Pflicht, der letzten Hoffnung Peter Yorck von Wartenburgs nachzukommen: die Haltung des Widerstands gegen Hitler zu würdigen, seiner Mitglieder zu gedenken, ihr Denken als Mahnende und als Patrioten wach zu halten und nach der Aktualität ihrer Grundüberzeugungen zu fragen.

Ich freue mich dazu heute in unserer Reihe „20. Juli 1944: Vermächtnis und Zukunftsauftrag“, den Bundesminister der Verteidigung, Thomas de Maizière, sehr herzlich begrüßen zu können. Lieber Thomas de Maizière, herzlichen Dank, dass Sie heute bei uns sind und zu uns sprechen über die Kraft

des Gewissens und den Mut zur Verantwortung, über „Die Botschaft des Widerstands vom 20. Juli für heute“. Seien Sie uns ganz herzlich willkommen!

Ich darf Ihnen sagen, dass der Bundesminister der Verteidigung ein häufiger und sehr zuverlässiger Besucher und Referent hier in der Konrad-Adenauer-Stiftung ist. Und ich kenne keinen Besucher und Referenten, der immer so pünktlich ist, wie der Bundesminister der Verteidigung.

Ebenso herzlich willkommen heiße ich die große Zahl von Familienangehörigen des Widerstandskreises und von Soldaten der Bundeswehr.

Stellvertretend für alle Familienangehörigen des Widerstandskreises begrüße ich herzlich, von der Stiftung 20. Juli 1944, den Vorsitzenden, Professor Robert von Steinau-Steinrück, sowie den Kuratoriumsvorsitzenden, Dr. Axel Smend. Herzlich willkommen!

Für alle Bundeswehrsoldaten stellvertretend begrüße ich herzlich Herrn Oberstleutnant Bernhard Sommer vom Standortkommando Berlin und Oberstleutnant im Generalstab Ulrich Hegner vom Bundesministerium der Verteidigung. Auch Ihnen ein herzliches Willkommen!

Das Gedenken an die Männer des 20. Juli und an ihr Vermächtnis ist nicht bloßes Erinnern, es ist auf die Zukunft gerichtet. Bereits ein kurzer Blick auf die Dokumente des Widerstands lässt erkennen: Jede Diskussion, die wir in unserer Zeit über die Gestaltung unserer Gesellschaft, ihre Ordnungsprinzipien, über Reformen und Lösungsmöglichkeiten für die vor uns liegenden Herausforderungen und Probleme führen, lässt sich darauf zurückführen. Es bestehen unübersehbare Kontinuitätslinien unserer Ordnung und unseres Denkens, die in die Zeit des Widerstands zurückreichen.

Der Rückblick dient daher sowohl der Orientierung in unserer Zeit wie auch als Auftrag zur verantwortlichen Mitwirkung an unserem Gemeinwesen.

Der 20. Juli ist ein Symbol für den gesamten deutschen Widerstand gegen die nationalsozialistische Diktatur. Der Widerstand, vor allem die Zivilcourage, der Mut wie auch das moralische Ringen der Widerständler,



„Menschenverachtende Ideologien haben in unserem Land keinen Platz!“, so Dr. Hans-Gert Pöttering MdEP, Vorsitzender der Konrad-Adenauer-Stiftung und Präsident des Europäischen Parlaments a. D.

sind auch Bestandteil der staatsbürgerlichen Ausbildung unserer Soldaten. Sie stehen im Zentrum des Leitbildes vom Staatsbürger in Uniform für die Innere Führung der Bundeswehr.

Wolf Graf von Baudissin, der den Begriff Staatsbürger in Uniform prägte, verband damit das Bild vom Soldaten als mündigen Bürger. Einem Soldaten, der für Freiheit und Recht eintritt, der mit seinem Handeln den Werten unseres Grundgesetzes entspricht.

Die Einschränkung der Grundrechte der Soldaten müsse möglichst gering gehalten werden, erklärte Wolf Graf von Baudissin im Jahr 1954, ich zitiere: „Das innere Gefüge freiheitlicher Streitkräfte wird die Grundrechte nicht nur möglichst wenig einschränken, sondern sie im Gegenteil so deutlich wie möglich hervortreten lassen.“

Die Väter des Konzepts des Staatsbürgers in Uniform und der Inneren Führung, zu denen neben Wolf Graf von Baudissin insbesondere Hans Speidel, Adolf Heusinger, Johann Adolf Graf von Kielmansegg sowie auch



der frühere Generalinspekteur der Bundeswehr Ulrich de Maizière – wie jeder weiß, der Vater unseres heutigen Gastredners – gehörten, nahmen den Widerstand des 20. Juli zum Vorbild.

Die Männer des 20. Juli besaßen ein klares Koordinatensystem. Freiheit, Recht, Moral, Verantwortung, Mut, Zivilcourage – für diese Grundüberzeugungen standen sie ein, geleitet vom christlichen Bild des Menschen. Mit ihrer Tat – ob sie glücken sollte oder nicht – wollten sie der Welt zeigen, dass es auch noch ein anderes Deutschland gab. Sie wollten den Nationalsozialismus nicht nur beseitigen, sondern überwinden.

Das christliche Menschenbild sollte das Fundament werden, auf dem die geistig-sittliche Erneuerung des deutschen Staatswesens nach dem Ende des Nationalsozialismus gelingen sollte. Der Mensch – nicht ein Volk oder gar eine Rasse – sollte im Mittelpunkt stehen.

Diesem Vermächtnis des 20. Juli fühlt sich die Konrad-Adenauer-Stiftung verpflichtet. Für uns ist das christliche Verständnis vom Menschen Ausgangs- und Orientierungspunkt unserer Arbeit.

Und so erinnern wir an die Männer, die unter Einsatz ihres Lebens für ihre Überzeugungen einstanden. Dass ist heute, über 65 Jahre nach dem Ende der NS-Diktatur und über zwanzig Jahre nach dem Ende der SED-Herrschaft, unverändert aktuell.

Unser freiheitlich-demokratischer Rechtsstaat ist gefestigt. Doch Freiheit, Demokratie und Rechtsstaatlichkeit sind keine Selbstverständlichkeiten. Sie müssen immer wieder neu begründet werden. Sie müssen gelebt werden!

Wir erleben in diesen Tagen bei den Wahlen in einigen Ländern der Europäischen Union, dass Linksextremismus und Rechtsextremismus leider auch in unserer Gegenwart Realität sind. Deswegen müssen wir wachsam bleiben.

Wir sehen uns nach wie vor extremistischen Herausforderungen gleichermaßen von links wie von rechts gegenüber. Wir wissen: Wir dürfen in unserem Einsatz gegen jede Art extremistischer wie auch fundamentalistischer Ideologien nicht nachlassen; Ideologien, die zum Hass aufstacheln, die keinerlei Respekt vor Menschen anderer Herkunft, anderer Religionen, anderer politischer Überzeugungen haben. Menschenverachtende Ideologien haben in unserem Land keinen Platz!

Sie, lieber Thomas de Maizière, haben es 2009, damals noch im Amt des Bundesminister des Innern, einmal so ausgedrückt: „Deutschland ist und bleibt eine wehrhafte Demokratie, wehrhaft gegenüber den Feinden der Freiheit.“

In seiner Aufgabe als Generalinspekteur der Bundeswehr hielt General Ulrich de Maizière im Jahr 1966 in der Bonner Beethovenhalle die Gedenkrede zum 20. Juli. Einen Satz will ich daraus zitieren: „Die Männer des Widerstandes sind [...] traditionswürdige Vorbilder für die Bundeswehr.“

Lieber Herr Bundesminister Thomas de Maizière, was Ihr Vater als Generalinspekteur der Bundeswehr vor Jahrzehnten half mit auf den Weg zu bringen, setzen Sie als Bundesminister der Verteidigung fort. Ich heiße Sie noch einmal sehr herzlich willkommen, wir freuen uns auf Ihren Vortrag und wir freuen uns auf einen Abend, den wir hoffentlich lange in guter Erinnerung behalten werden.

Noch einmal sehr herzlich willkommen, hier im Forum der Konrad-Adenauer-Stiftung. Vielen Dank!

MIT DER KRAFT DES GEWISSENS UND DEM MUT ZUR VERANTWORTUNG

DIE BOTSCHAFT DES WIDERSTANDS VOM 20. JULI FÜR HEUTE

Thomas de Maizière

Anrede!

Ich möchte Sie bitten, Ihre Einladung zur heutigen Veranstaltung zur Hand zu nehmen. Auf dieser Einladung finden Sie ein Bild des jungen Wehrmacht-Offiziers Henning von Tresckow. Er ist der mittlere der drei abgebildeten Herren. Auf der Rückseite können wir seine berühmt gewordenen Worte lesen, ich zitiere: „Das Attentat muss erfolgen, *coute que coute*. Denn es kommt nicht mehr auf den praktischen Zweck an, sondern darauf, dass die deutsche Widerstandsbewegung vor der Welt und vor der Geschichte den entscheidenden Wurf gewagt hat.“¹

Warum sind diese Worte berühmt geworden?

Mit diesen Worten drängte Henning von Tresckow seinen Kameraden Oberst Claus Graf Schenk von Stauffenberg im Juni 1944 zum Attentat gegen Hitler. Diese Worte bringen treffend zum Ausdruck, warum der 20. Juli zum zentralen Erinnerungsdatum des deutschen Widerstands geworden ist und weshalb die Person Henning von Tresckow Symbolcharakter für den 20. Juli hat.

Wie alle Zeugnisse des Widerstands sind die von ihm überlieferten Worte geprägt von der Bedrängnis und Verfolgung, denen Mitglieder des Widerstands ausgesetzt waren. So stand für Henning von Tresckow fest: „Der sittliche Wert eines Menschen beginnt erst dort, wo er bereit ist, für seine Überzeugung sein Leben hinzugeben.“

Es hat vor diesem Hintergrund seinen tiefen Sinn, dass Henning von Tresckow Namensgeber derjenigen Kaserne ist, in der das Einsatzführungskommando der Bundeswehr seinen Sitz hat. Von hier aus werden alle Auslandseinsätze der Bundeswehr geleitet. Einsätze, in denen die Soldatinnen und Soldaten der Bundeswehr – notfalls sogar mit ihrem Leben – für die Werte eintreten, die unsere freiheitlich-demokratische Grundordnung auszeichnen. Einsätze, in denen Deutschland seiner wachsenden internationalen Verantwortung nachkommt.

Die Namensgebung vieler Kasernen der Bundeswehr nach Mitgliedern des deutschen Widerstands ist nur eines der vielen Zeichen, in denen die Verbundenheit der Bundeswehr mit dem Erbe und dem Vermächtnis des 20. Juli zum Ausdruck kommt.

Heute wissen wir: Henning von Tresckow war ein Leuchtturm des Gewissens in dunkler Zeit. Und doch liegen auch in seinem kurzen Leben wie in so vielen persönlichen Schicksalen jener Zeit Licht und Schatten nahe beieinander.

Nach seinem Notabitur 1917 verpflichtet sich von Tresckow als Freiwilliger im kaiserlichen Heer und nimmt am Ersten Weltkrieg teil. In den Jahren nach seiner Rückkehr aus Frankreich geht er einer zivilen Ausbildung nach, bevor er 1924 in die Reichswehr eintritt.

Politisch sympathisiert er zu dieser Zeit mit der zunehmend stärker werdenden Bewegung der Nationalsozialisten. Dies ändert sich 1934, nach dem Röhm-Putsch. Der junge Offizier von Tresckow geht auf Distanz zur politischen Führung des NS-Regimes – und gerät damit zunehmend in inneren Konflikt mit seinem soldatischen Eid, den er – wie die gesamte Wehrmacht – nach dem Tod von Reichspräsident Hindenburg im August 1934 auf die Person Adolf Hitler geschworen hat. Trotz seiner inneren Ablehnung gegenüber der Expansion Hitler-Deutschlands kämpft von Tresckow an fast allen Fronten des Zweiten Weltkrieges.



Der 20. Juli 1944 habe für alle Welt deutlich gemacht, dass es auch ein anderes Deutschland gab. Auch wenn manch einer im Nachhinein das Attentat als zu spät und von einer zu kleinen zu elitären Widerstandsgruppe verantwortet bewertet, faktisch war „die Tat aber Ziel und Anfang aller Pläne des Widerstandes“, so Dr. Thomas de Maizière MdB, Bundesminister der Verteidigung.

Bald kommt er in Kontakt mit militärischen und zivilen Widerstandskreisen und versucht, hochrangige Militärs für den Widerstand gegen Hitler zu gewinnen, meist jedoch ohne Erfolg. Nicht zuletzt deshalb legt er selbst Hand an und führt mehrere Attentatsversuche gegen Hitler persönlich durch. Doch sie misslingen oder werden in letzter Minute vereitelt.

Nach dem Scheitern des Staatsstreichs vom 20. Juli begeht von Tresckow – zu dieser Zeit als Generalmajor an der Front in Russland eingesetzt – Selbstmord. Er fürchtete, in der sicher zu erwartenden Folter die Namen von Mitverschwörern preis zu geben. Die NS-Schergen gönnen ihm nicht einmal die letzte Ruhe: Sein auf dem elterlichen Gut bestatteter Leichnam wird später exhumiert und verbrannt.

Was ist geblieben? Welche Spur hat dieser junge Mann hinterlassen? Welche Spuren haben die anderen Mitstreiter im Widerstand hinterlassen?

Der Staatsstreich vom 20. Juli ist äußerlich gescheitert. Die Frauen und Männer des 20. Juli haben ihr Ziel, Hitler und das nationalsozialistische Regime zu beseitigen, nicht erreicht. Viele von ihnen haben ihr Mitwissen und Mitwirken mit dem Leben bezahlt. Die meisten von ihnen werden sich der Todesgefahr bewusst gewesen sein. Für alle von ihnen können wir heute sagen: Ihr Gewissen war stärker als ihre Furcht, ihr Mut war stärker als ihre Angst. Gegen alle Bedenken, gegen alle Verzweiflung wagten sie den Schritt zur Tat.

Die Hoffnung, die sie trug – Henning von Tresckow fasste sie in der Nacht vom 20. auf den 21. Juli 1944, als das Scheitern des Umsturzversuchs bereits unabwendbar geworden war, in diesen Worten zusammen: „Wenn einst Gott Abraham verheißen hat, er werde Sodom nicht verderben, wenn auch nur zehn Gerechte darin seien, so hoffe ich, dass Gott auch Deutschland um unsertwillen nicht vernichten wird.“

Seine Hoffnung sollte sich erfüllen. Wir verdanken es nicht zuletzt dem Zeugnis des deutschen Widerstands – und dabei im Besonderen des 20. Juli –, dass Deutschland bald nach dem Ende des Zweiten Weltkriegs in das westliche Bündnis und in die internationale Staatengemeinschaft aufgenommen wurde. Kein Manifest, kein Gedicht, kein großer Plan – es war die Tat des 20. Juli, die unübersehbar für alle Welt deutlich gemacht hatte, dass es auch das „andere Deutschland“ gab.

Die historische und politische Aufarbeitung des Vermächtnisses der Frauen und Männer des 20. Juli hat Höhen und Tiefen gesehen. Historiker, Feuilletonisten und Publizisten wechselten sich darin ab, ihnen mit Blick auf ihre Pläne für die politische Neuordnung Deutschlands mal weltferne Träumerei, mal niedere Interessen, mal reaktionären Royalismus, mal totalitären Kommunismus vorzuwerfen. Diese aus heutiger Sicht etwas kleinkariert anmutende Perspektive droht zu übersehen, was den 20. Juli auszeichnete: Die Entschlossenheit, das totalitäre Regime Hitlers und den Krieg zu beenden.

Im Nachhinein mögen manche das Attentat kurzfristig als zu spätes letztes Aufbäumen einer doch verhältnismäßig erschreckend kleinen Gruppe von elitären Widerständlern bewerten. Faktisch war die Tat aber Ziel und Anfang aller Pläne des Widerstands: Wer die Dokumente liest, mit denen der Kreisauer Kreis und die Goerdeler-Gruppe die Zeit nach einem gelungenen Staatsstreich vorbereiteten, spürt den Tatendrang der

Frauen und Männer des 20. Juli. Sie wollten mit ihren Ideen die politische Realität Deutschlands und Europas zum Besseren wenden. Sie wussten um die Probleme, vor denen das vom Krieg gezeichnete Deutschland stand. Sie wussten um den besonderen Anspruch und die besondere Belastung, denen jede nicht-nationalsozialistische Regierung ausgesetzt sein würde. Dennoch waren sie bereit, Verantwortung zu übernehmen.

Je mehr die Mitglieder des Widerstands mit der Kraft ihres wachen Gewissens das Unrecht des Nationalsozialismus erkannten, desto mehr einte sie der Wunsch, tragfähige Pläne für die Zeit nach Hitler zu erstellen. Sie wollten die Grundlagen dafür schaffen, die politische Verantwortung in und für Deutschland übernehmen zu können. Ihr Gewissen hatte sich in der frühen Verurteilung des Nationalsozialismus bewährt. Ihre Bereitschaft zur Verantwortung jedoch sollte sich erst in der gemeinsamen Tat vollenden.

„Vermächtnis und Zukunftsauftrag“ – so lautet der Titel dieser Veranstaltungsreihe zum Gedenken an den 20. Juli. Das Vermächtnis des Widerstands stellt ganz unzweifelhaft einen Zukunftsauftrag dar. Wie können wir ihn für unsere Zeit konkret fassen? Was ist die Botschaft des 20. Juli für uns heute? Freiheit in Verantwortung – in diesem politischen Bekenntnis liegt sowohl das Vermächtnis als auch der Zukunftsauftrag des 20. Juli.

Freiheit und Verantwortung – das sind große Worte. Und sie scheinen auf den ersten Blick im Widerspruch zueinander zu stehen. Viele – gerade junge Menschen – fragen sich: Bin ich frei, wenn ich Verantwortung trage? Verpasse ich einen Teil meiner Freiheit, wenn ich einen Dienst leiste? Wir kennen diese Fragen, etwa aus den Diskussionen über den Freiwilligen Wehrdienst. Sie sind nachvollziehbar, aber kurzfristig. Unsere Antwort darauf muss lauten: Freiheit und Verantwortung schließen einander nicht aus. Freiheit ist nicht pure Selbstverwirklichung. Im Gegenteil: Gelebte Freiheit ruft zur Verantwortung. Erst in der Bindung, erst in der Verantwortung verwirklicht sich unsere Freiheit.

Wer die Freiheit von vielen Freien organisiert, braucht Regeln und Verantwortung. Unserer Verfassung liegt das Bild vom Menschen zugrunde, der zur Freiheit bestimmt und in seiner Verantwortung gebunden ist.



Im Handeln der Frauen und Männer des 20. Juli wird erkennbar, wie sehr Freiheit und Verantwortung aufeinander hin geordnet sind – und miteinander verwirklicht werden können. Die Frauen und Männer des 20. Juli waren auch frei, weil sie sich nicht der Angst beugten. Sie waren frei, weil sie mehr auf ihr Gewissen hörten als auf die Heilsversprechen des totalitären Systems. Ihre innere Freiheit, ihr Gewissen, drängte sie zur Tat. Sie verstanden es als ihre Verantwortung, etwas zu unternehmen. Durch ihr mutiges Handeln wurden sie ihrer Verantwortung als Bürger, Christen, Mitmenschen mehr als nur gerecht.

Die Frauen und Männer des 20. Juli handelten unter den Extrembedingungen von totalitärer Herrschaft und totalem Krieg – und können uns doch auch heute Vorbild sein. Wir sind heute Bürger in einer freien Demokratie. Wir müssen keinen Widerstand leisten, um unserer Freiheit bewusst und unserer Verantwortung gerecht zu werden. Stattdessen führen zu viele das Wort „Widerstand“ voreilig bei jedem Protest auf den Lippen.

Die Freiheit zu leben, bedeutet, sie nicht auf eine „Freiheit von fremden Verpflichtungen“ zu beschränken, sondern als „Freiheit zur souveränen Entscheidung“ zu nutzen – und damit Verantwortung für sich und diese Welt zu übernehmen. Als freie Bürger sind wir in der Lage und dazu aufgefordert, Verantwortung zu übernehmen – in unserer Nachbarschaft, in unserer Kommune, in unserem Land.

Das kann auch politische Verantwortung sein. Politik wird nur dann zum Besten des Menschen sein, wenn sie aus dem Verständnis heraus gestaltet wird, dass Freiheit immer Freiheit in Verantwortung ist. Politische Entscheidungen haben Konsequenzen für viele, wenn nicht gar alle in einem Staat. Der politische Amts- oder Mandatsträger muss sich in besonderer Weise für seine Entscheidungen verantworten: vor sich selbst, vor den Menschen und – sofern er daran glaubt – auch vor Gott. Diese Dimension der Verantwortung wird sehr konkret, wenn es um Fragen von Krieg und Frieden, den Einsatz oder Nicht-Einsatz von Streitkräften, Tod und Leben von Soldaten und anderen Menschen geht.

Auch wer die Politik für bestimmte Zeit als Beruf ausübt, sollte sich die Definition von „Beruf“ zu Herzen nehmen, die der Theologe, Widerstandskämpfer und Märtyrer Dietrich Bonhoeffer² in seinem Werk *Ethik*² formuliert hat: Bonhoeffer beschreibt darin den Beruf als „Ort der Verantwortung“. Darin kommt – wie ich finde – treffend zum Ausdruck, dass mit der freien Wahl eines Berufs immer auch eine Berufung verbunden ist. Das gilt in besonderer Weise für solche berufliche Tätigkeiten, die politischen Charakter haben.

Wer in der Politik seinen persönlichen „Ort der Verantwortung“ hat, braucht handfeste Maßstäbe, um aus dem Grundsatz „Freiheit in Verantwortung“ konkrete Entscheidungen ableiten zu können. Ich will deshalb abschließend sieben Maßstäbe formulieren, die nach meiner Erfahrung geeignet sind, den Grundsatz „Freiheit in Verantwortung“, das große Vermächtnis des 20. Juli, in eine Richtschnur für konkretes politisches Entscheiden und Handeln zu übersetzen.

1. Maßstab: Wir sollten nur dann grundsätzlich werden, wenn auch tatsächlich Grundsätze berührt sind, wenn es um Grundsätzliches geht.

In den Texten und Zeugnissen des deutschen Widerstands ist viel von Grundsätzen die Rede. Doch so überhöht uns manche Formulierung erscheinen mag: Wir sollten immer bedenken, dass diese Grundsätze – wie es in einem Werk über James Graf von Moltke heißt – „wie ein Glaubensbekenntnis niedergeschrieben wurden, das denjenigen, die es vertraten, das Leben kosten konnte.“³ Die Frauen und Männer im Widerstand mussten sich mit wirklich existentiellen Fragen auseinandersetzen.

Es ging um ihr Leben – und das ihrer Familien, für die sie verantwortlich waren. Es ging um die Zukunft ihres Vaterlands – und die des deutschen Volkes, für das sie sich verantwortlich fühlten.

Wie vermessen erscheint vor diesem Hintergrund die Rhetorik mancher politische Debatte unserer Tage! Allzu oft scheint es um das Grundsätzliche und das große Ganze zu gehen, wo es nur um Kleines oder Mittlerwichtiges geht. In Wahrheit sind es im Laufe eines politischen Jahres, wenn nicht gar Lebens, nur wenige Entscheidungen, die wirklich grundsätzlichen Charakter haben. Die Rhetorik sollte sich dem anpassen und nicht den Anschein erwecken, es ginge immer gleich um das Ganze oder um die letzten Dinge.

Auseinandersetzungen, die angeblich nicht weniger als die Wahrheit selbst betreffen, haben die Tendenz, sehr schnell sehr unbarmherzig zu werden. Nicht jedes Thema verdient es, moralisch aufgeladen zu werden. In diesem Sinne müssen wir uns auch dagegen wehren, wenn der Widerstand zur Legitimationsfolie für allerlei tagespolitische Ziele herangezogen wird.

2. Maßstab: Es gilt, das Bewusstsein für die Grenzen menschlichen Handelns wach halten.

Wir wissen heute, wie brutal und gewissenlos im Auftrag des nationalsozialistischen Regimes Grenzen menschlichen Handelns überschritten wurden. Ich denke an die rohe, systematische Gewalt gegen Mitbürger aufgrund ihrer Herkunft, ihrer Religion oder ihres Denkens – oft in aller Öffentlichkeit. Ich denke aber auch an die medizinischen Versuche mit Kindern – heimlich hinter den Mauern der Konzentrationslager. Manches davon war den Frauen und Männern im Widerstand bekannt oder hatte sie gar dazu bewegt, sich dem Widerstand anzuschließen.

Heute leben wir in einem Rechtsstaat. Das ist ein Privileg und gleichzeitig ein andauernder Auftrag. Der Rechtsstaat erfordert von uns ein waches Bewusstsein für die Grenzen menschlichen Handelns. Das gewinnt besondere Brisanz etwa in Fragen der Forschung und des technologischen Fortschritts.

Wir dringen in immer mehr Bereiche vor, die unsere Schöpfungsordnung in ihrem innersten Kern berühren. Welchem Prinzip wollen wir da folgen, wenn große Hoffnungen und Versprechen ebenso großen Gefahren und Risiken gegenüber stehen? Nach mir die Sintflut oder Verantwortung für die Schöpfung? Ob die Forschung an embryonalen Stammzellen, die massive Veränderung ganzer Landschaften oder die Nutzung landwirtschaftlicher Erzeugnisse zur Energiegewinnung – das sind nur drei aktuelle politische Fragen, die zu beantworten ein waches Bewusstsein für die Grenzen menschlichen Handelns erfordert.

Die Regel, der Maßstab des Handelns, sollte meines Erachtens sein: Je mehr der Kern der Schöpfung berührt wird, desto vorsichtiger sollte unser Eingriff erfolgen.

3. Maßstab: Wir müssen die Folgen bedenken, insbesondere, wenn Entscheidungen nicht leicht umkehrbar gemacht werden können.

Die Frauen und Männer des 20. Juli sahen es als Aufgabe ihrer Generation an, Deutschland vom Joch des „Tausendjährigen Reiches“ zu befreien. Sie hatten sich in ihren Plänen für die Neuordnung darauf beschränkt, für eine Zukunft in Freiheit die großen Linien vorzuzeichnen. Sie wussten um ihren begrenzten Einfluss auf die Entwicklung der Gesellschaft. Das nationalsozialistische Regime erlag hingegen wie alle totalitären Systeme der Hybris, am besten zu wissen, was für den Menschen das Beste ist – und das für immer. Darin kommt letztlich eine große Zukunftsangst zum Ausdruck. Mit Blick auf die damals obwaltenden Umstände fasziniert die zukunftsorientierte Haltung der Frauen und Männer des Widerstands. So finden sich in den Dokumenten zur Neuordnung auch Überlegungen zur Nachhaltigkeit, etwa im Verhältnis zwischen Umwelt und Wirtschaft – und das wohl gemerkt Mitte des vergangenen Jahrhunderts!

Heute ist Nachhaltigkeit in aller Munde, wenn auch jeder bisweilen etwas Anderes darunter zu verstehen scheint. Nachhaltigkeit im Sinne von Freiheit und Verantwortung hat zwei Dimensionen. Im engeren Sinne ist Nachhaltigkeit der Versuch, an Gütern nur das zu verbrauchen, was uns heute gegeben ist und nachfolgenden Generationen das zu belassen, was ihnen vorbehalten ist.

Im weiteren Sinne bedeutet Nachhaltigkeit, nachfolgenden Generationen nicht nur die Lebensgrundlagen zu belassen, sondern auch den Freiraum zur Gestaltung ihres Lebens insgesamt. „Freiheit in Verantwortung“ zu leben – das muss auch künftigen Generationen noch möglich sein.

Daher sollte gelten: Je langfristiger und irreversibler die Folgen unseres Handelns sein werden, desto länger und gründlicher sollten wir überlegen. Das verlangt Kraft zur Selbstreflexion und eine gute Portion Bescheidenheit. Ich sage nicht: Keine unumkehrbaren Entscheidungen.

4. Maßstab: Die Gegenwart im Blick, die Zukunft im Sinn und die Vergangenheit im Hinterkopf.

Klaus Bonhoeffer, ebenso wie sein jüngerer Bruder Dietrich Bonhoeffer im Widerstand engagiert und dafür inhaftiert und zum Tode verurteilt, schrieb am Osterfest 1945 einen Abschiedsbrief an seine Kinder. Darin gab er ihnen folgende Worte mit auf den Weg: „Die Ehrfurcht vor der Vergangenheit und die Verantwortung gegenüber der Zukunft geben fürs Leben die richtige Haltung.“⁴

Die „Ehrfurcht vor der Vergangenheit“ umfasst für mich den Respekt für überlieferte Wertvorstellungen und gute Traditionen im Großen und bewährte Verfahren und Haltungen im Kleinen. Gleichzeitig können wir für die Bewältigung neuer Herausforderungen, die bis gestern nicht vorstellbar waren, weder auf Erfahrung noch auf Patentrezepte zurückgreifen.

Das war früher nicht anders. Deshalb führt Bonhoeffer die „Verantwortung gegenüber der Zukunft“ an. Es gilt auch für uns heute, neue Realitäten zu erkennen und anzunehmen, nicht immer nach den Rezepten von gestern zu greifen, das Bewährte in schöpferischer Treue fortzuentwickeln und neue Herausforderungen in bewährter Weise mutig anzugehen.

5. Maßstab: Wir brauchen Grundsätze im Großen und Sachkenntnis im Kleinen.

Aus Quellen und Darstellungen von Zeitzeugen wissen wir, dass für die Frauen und Männer des Widerstands neben der notwendigen Einigung über Grundsätze die Linderung der Not und konkreter politischer Sachfragen ein Herzensanliegen war.



Unter den Zuhören war eine große Zahl von Familienangehörigen des Widerstandskreises und Soldaten der Bundeswehr.

Die Orientierung an großen Linien entbindet den verantwortungsbewussten Politiker nicht von der Verpflichtung, sich für jedes neue Problem – und wirkt es auf den ersten Blick noch so unbedeutend – die notwendige Sachkenntnis anzueignen. Politik heißt Arbeit am Menschen und am Sachverhalt, und dann erst Hang zur Ideologie oder Profilierung.

Politik bedeutet auch und gerade heute „Lebenslanges Lernen“. Nur wer die Lage einzuschätzen vermag und sämtliche Handlungsoptionen kennt, wird auch bei den vermeintlich unbedeutenden Entscheidungen hohe Ansprüche als Maßstab anlegen können.

6. Maßstab: Die Machbarkeit prüfen, den Kompromiss suchen.

Die verschiedenen Kreise und Gruppen des Widerstands haben erst spät zueinander gefunden. Bis 1938 war der Widerstand gesellschaftlich getrennt und politisch zersplittert. Erst die Not des totalen Krieges und zunehmend schärferer Verfolgung brachte die Einsicht, dass im Kompromiss keinesfalls eine Schwäche, sondern vielmehr eine Stärke des Widerstands liegen könnte.

Nach dem Krieg wies Eugen Gerstenmaier, Präsident des Deutschen Bundestags und selbst Mitglied im Kreisauer Kreis, darauf hin, dass den Verschwörern des Kreisauer Kreises „immer bewusst“ gewesen sei, dass sie es – ich zitiere – „am Tage X plus eins, also nach dem Staatsstreich in einer sehr realen Weise auch mit den Vorstellungen anders orientierter Gruppen [...] zu tun gehabt hätten.“⁵ Man war sich darüber im Klaren, dass Kompromisse und Koalitionen notwendig geworden wären. Nicht zuletzt aufgrund dieser Erkenntnis war es mit der Zeit zu einer bemerkenswerten Annäherung der Programmatik der beiden Seiten gekommen.

Was ist daraus die Botschaft für uns heute? Politik fordert die Bereitschaft zum Kompromiss. Verantwortungsvolle Politik sucht den Kompromiss und sieht ihn als erstrebenswert, keinesfalls jedoch als etwas Faules an.

Auch noch so große politische Ideen werden in unserer Demokratie erst dann den Gang der Dinge ändern, wenn sie mehrheits- und durchsetzungsfähig sind. Ideen müssen rechtlich und praktisch umsetzbar sein. Und sie müssen politisch kommunizierbar sein. Sonst bleiben sie Papier. Erst unter diesen Bedingungen können sich Andere anschließen, einbringen und zu Mitstreitern werden.

7. Maßstab: Mehr als alle Worte sagt die Tat.

Im 20. Juli hat der Widerstand sein Symbol gefunden. Es sind nicht die Pläne, sondern es ist die Tat, von der bis heute die Faszination ausgeht, die jeden erfasst, der sich mit dem Widerstand befasst. Für die politische Botschaft des Widerstands steht zuallererst die Tat des 20. Juli – mehr als alle Worte.

Das sollte uns eine Lehre sein. Auch am Ende einer politischen Bilanz werden nicht Erklärungen gezählt, sondern Entscheidungen und Taten. Manche handfeste Entscheidung trägt mehr zum Bau einer besseren Welt bei als die fortlaufend wiederholte Vision einer großen Zukunft.

Wer politische Verantwortung übernimmt, trifft die Entscheidung, sich nicht auf den moralischen Zeigefinger zu beschränken, sondern mit beiden Händen anzupacken – das zeichnet verantwortungsvolles politisches Handeln aus.

Auch für Henning von Tresckow stand die Tat stets im Mittelpunkt. Für sich selbst setzte er den gleichen Maßstab an. Wenige Stunden vor seinem Tod schrieb er: „Wenn ich in wenigen Stunden vor den Richterstuhl Gottes treten werde, um Rechenschaft abzulegen über mein Tun und mein Unterlassen, so glaube ich mit gutem Gewissen das vertreten zu können, was ich im Kampf gegen Hitler getan habe.“

Wie viel einfacher ist es für uns heute, für das einzutreten, was wir als richtig erachten! Wir müssen dafür – Gott sei Dank – keine Widerstandskämpfer sein. Wir müssen weder Tod noch Verfolgung fürchten. Als freie Bürger einer Demokratie können wir – bei aller Verflechtung und gelegentlichen Ohnmacht – vieles zum Besseren verändern.

Dafür müssen sich unser Gewissen und unsere persönliche Bereitschaft zur Verantwortung im politischen und gesellschaftlichen Alltag bewähren. Dann dürfen wir hoffen, auch im äußersten Fall die Botschaft des 20. Juli ausreichend verinnerlicht zu haben und beherzt zu handeln – mit der Kraft des Gewissens und dem Mut zur Verantwortung.

- 1| *Alle Zitate des Henning von Tresckow in dieser Rede sind zitiert nach Fabian von Schlabrendorff, Offiziere gegen Hitler, Zürich 1946 (Taschenbuch Goldmann München 1997).*
- 2| *Dietrich Bonhoeffer, Ethik, herausgegeben von Ilse Tödt u.a., Gütersloh 2006.*
- 3| *Vgl. Freya von Moltke / Michael Balfour / Julian Frisby, Helmuth James von Moltke (1907-1945). Anwalt der Zukunft, Stuttgart 1975, S. 236-237.*
- 4| *Zitiert nach Sigrid Grabner und Hendrik Röder (Hrsg.), Emmi Bonhoeffer. Essay, Gespräch, Erinnerung, Berlin 2004, S. 35-36.*
- 5| *Eugen Gerstenmaier, Der Kreisauer Kreis. Zu dem Buch Ger van Roons „Neuordnung im Widerstand“, in: Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte 15 (1967), S. 221-246, hier S. 241.*

DIE REDNER

Dr. Thomas de Maizière MdB, geboren am 21. Januar 1954 in Bonn, ist verheiratet und hat drei Kinder. Von 1974 bis 1979 studierte de Maizière Rechtswissenschaften und Geschichte in Münster und Freiburg. Nach seinem Referendarexamen folgte 1982 das Assessorexamen. 1986 promovierte er zum Dr. jur. an der Westfälischen Wilhelms-Universität Münster.

1983 war er Mitarbeiter der Regierenden Bürgermeister von Berlin, Richard von Weizsäcker und Eberhard Diepgen. 1985 bis 1989 leitete er das Grundsatzreferat der Senatskanzlei des Landes Berlin. Er war Pressesprecher der CDU-Fraktion im Berliner Abgeordnetenhaus.

1990 war de Maizière am Aufbau des Amtes des Ministerpräsidenten der letzten DDR-Regierung mit beteiligt. Er war dann Mitglied der Verhandlungsdelegation für den Einigungsvertrag.

1990 bis 1994 war er Staatssekretär im Kultusministerium des Landes Mecklenburg-Vorpommern. Von 1994 bis 1998 war er Chef der Staatskanzlei in Mecklenburg-Vorpommern. 1999 war er Staatsminister und Chef der Sächsischen Staatskanzlei.

2001 bis 2002 bekleidete er das Amt des Staatsministers der Finanzen in Sachsen. 2002 bis 2004 war er Staatsminister der Justiz in Sachsen und 2004 bis 2005 Staatsminister des Innern in Sachsen.

Von 2004 bis November 2005 war er Mitglied im Sächsischen Landtag und bis Oktober 2009 Bundesminister und Chef des Bundeskanzleramtes. Ebenfalls im Oktober 2009 wurde de Maizière als direkt gewählter Abgeordneter in den Deutschen Bundestag gewählt. Vom 28. Oktober 2009 bis 3. März 2011 war de Maizière Bundesminister des Innern.

Seit dem 3. März 2011 ist Thomas de Maizière Bundesminister der Verteidigung.

Dr. Hans-Gert Pöttering MdEP

Geboren 1945 in Bersenbrück/Niedersachsen. 1966-1968 Wehrdienst. Studium der Rechtswissenschaften, Politik und Geschichte an den Universitäten Bonn und Genf sowie dem dortigen Institut des Hautes Études Internationales. 1973 Erstes juristisches Staatsexamen. 1974 Promotion, 1976 Zweites juristisches Staatsexamen. 1976-1979 Wissenschaftlicher Angestellter, 1989 Berufung zum Lehrbeauftragten der Universität Osnabrück, Berufung zum Honorarprofessor.

Seit 1979 Mitglied des Europäischen Parlaments, 1984-1994 Vorsitzender des Unterausschusses „Sicherheit und Abrüstung“ des Europäischen Parlaments. 1994-1999 Stellvertretender Vorsitzender der EVP-Fraktion im Europäischen Parlament. 1997-1999 Präsident der Europa-Union Deutschland. 1999-2007 Vorsitzender der EVP-ED-Fraktion im Europäischen Parlament (wiedergewählt nach der Europawahl 2004), 2007-2009 Präsident des Europäischen Parlaments, Stellvertretender Vorsitzender der EVP, 2007-2009 Mitglied im Präsidium der Europäischen Volkspartei (EVP) und der CDU. Seit 2009 kooptiertes Mitglied im Bundesvorstand der CDU Deutschlands. Seit 01.01.2010 Vorsitzender der Konrad-Adenauer-Stiftung.

ANSPRECHPARTNER IN DER KONRAD-ADENAUER-STIFTUNG

*Christian Schleicher
Stellv. Leiter der Akademie der Konrad-Adenauer-Stiftung
Tiergartenstr. 35
10785 Berlin
Telefon: +49(0)-30-2 69 96 32 30
E-Mail: christian.schleicher@kas.de*